

12.06.2009

Ilisu-Staudamm:

Stellungnahme zur anstehenden

Bürgschaftsentscheidung

Bis zum 6. Juli 2009 muss die Bundesregierung gemeinsam mit den Regierungen Österreichs und der Schweiz entscheiden, ob sie aus dem hoch umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt im Südosten der Türkei aussteigt. Wie unten stehenden Ausführungen zu entnehmen ist, ist jedoch kurz vor Ende dieser Frist offensichtlich, dass das Projekt nach wie vor internationale Standards nicht erfüllt. Wir fordern daher die beteiligten Regierungen, Banken und Unternehmen auf, sich endgültig aus dem Projekt zurückzuziehen.

Zum Hintergrund: Im März 2007 bewilligte die Bundesregierung der Stuttgarter Baufirma Züblin und der DekaBank eine Exportkreditversicherung (Hermesbürgschaft) für ihre Beteiligung am Ilisu-Staudamm. Da das Projekt internationale Standards nicht erfüllte, knüpfte sie 153 Auflagen an die Bürgschaften und beauftragte eine internationale Expertenkommission damit, die Einhaltung der Auflagen zu überwachen. Nachdem diese Experten ebenso wie Nichtregierungsorganisationen und die Medien wiederholt Verstöße gegen die Auflagen festgestellt hatten, ordnete die Bundesregierung im Dezember 2008 die Suspendierung der Bürgschafts- und Lieferverträge für 180 Tage an. Am 6. Juli endet diese letzte Frist für die Türkei, die Umsetzung der Auflagen nachzuweisen.

In den letzten Wochen haben die türkischen Behörden neue Umsiedlungspläne und weitere Studien vorgelegt, mit denen sie für die Aufhebung der Suspendierung werben. Wie wir im folgenden zeigen, ist die Türkei damit dennoch weit davon entfernt, die Auflagen zu erfüllen. Im Gegenteil zeigen die neuesten Entwicklungen noch einmal deutlich, dass zentrale Probleme nicht gelöst werden können und es der türkischen Regierung weiterhin an der Bereitschaft fehlt, die vereinbarten Auflagen tatsächlich umzusetzen.

- **Auflagenverletzung während des Ultimatums durch die türkische Regierung:** Wie jetzt bekannt wurde, führte die türkische Regierung selbst während der derzeitigen Vertragssuspendierung weitere Enteignungen durch, die den Betroffenen nur minimale Entschä-



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



digungen für ihr Land zusprechen und nicht – wie in den Auflagen vereinbart – den Wiederbeschaffungswert des enteigneten Landes (s. www.gegenstroemung.org/drupal/de/node/65).

- **Gravierende Auswirkungen auf den Irak vernachlässigt:** Wie Hasan Janabi, ehemaliger Berater der irakischen Regierung in Wasserfragen und jetziger Botschafter des Irak bei den Vereinten Nationen in Rom bei seinem Besuch am 28./29. Mai in Berlin hervorhob, werden die Auswirkungen des Ilisu-Projekts auf den Irak gravierend sein. Bereits jetzt leidet der Irak unter extremer Trockenheit, da die türkische Regierung die Stauseen am Euphrat auffüllt. Ein zusätzlicher Stausee am Tigris würde die Wasserproblematik verschärfen und neben ökologischen Schäden zu vermehrten sozialen Spannungen im Irak führen. Dies kann nicht Ziel der deutschen Außenpolitik sein. Die Regierung des Irak hat wiederholt gegen den Bau des Ilisu-Staudamms protestiert; ein Abkommen zwischen den Anrainerstaaten des Tigris (Türkei, Irak, Syrien) steht nach wie vor aus.
- **Kein Konzept zur Rettung von Hasankeyf:** Zentraler Bestandteil der Auflagen ist die Entwicklung eines Konzeptes, wie die Kulturgüter der 10.000 Jahre alten Stadt Hasankeyf in einen Archäologiepark versetzt werden können, der Touristen anzieht und den Menschen von Hasankeyf eine neue Einkommensquelle eröffnet. Recherchen vor Ort haben jedoch ergeben, dass noch immer für kein einziges Monument die Machbarkeit einer solchen Versetzung erwiesen ist. Namhafte Experten und Archäologen vor Ort heben im Gegenteil hervor, dass die spezifische Bauweise der Monumente ihre Verlegung nicht zulässt. Damit ist die Umsetzung der Auflagen in diesem Bereich nicht mehr zu erwarten. Die Fortführung des Ilisu-Projekts würde daher die Stadt Hasankeyf mit ihren einzigartigen Kulturschätzen dem Untergang weihen. Und die BewohnerInnen Hasankeyfs würden selbst nach der Aussage der offiziellen Umsiedlungsplaner einer Zukunft im Elend preisgegeben.
- **Unausgereifte Umsiedlungsplanung:** Eine neue Umsiedlungsrichtlinie der türkischen Regierung für Ilisu bringt einige Verbesserungen gegenüber der bisherigen türkischen Praxis. Die Tatsache, dass einem Teil der neuen Regelungen vom türkischen Umweltminister die Unterschrift verweigert wurde, zeigt jedoch, dass der Wille der türkischen Regierung, internationale Standards tatsächlich umzusetzen, nach wie vor begrenzt ist. Zentrale Elemente der Maßnahmen zur Herstellung neuer Einkommensmöglichkeiten sind zudem in der Richtlinie nicht festgeschrieben, sondern lediglich ein Versprechen des Beratungsbüros, das die Umsiedlungspläne erstellt. Zum anderen sind die neu geplanten Maßnahmen völlig ungetestet. Sollte der Bau jetzt fortgeführt werden, würde die Bevölkerung zum Versuchskaninchen eines trial-and-error-Verfahrens mit ungewissem Ausgang. Eine detaillierte Planung liegt außerdem bisher nur für wenige Dörfer vor. Zehntausende von Betroffenen sind bisher nicht einmal erfasst.
- **Partizipation der Bevölkerung nicht gegeben:** Selbst außerhalb der Sicherheitszone im Baustellengebiet ist das Militär in der gesamten Region sehr präsent, was zu einer massiven Einschüchterung vieler Betroffener führt und es in vielen Fällen unmöglich macht, mit Betroffenen offen zu sprechen. Bei offiziellen Informationsveranstaltungen werden Einwände gegen das Projekt in der Regel nicht zugelassen und mit dem Abbruch der Veranstaltung gedroht, sollte grundsätzliche Kritik an Ilisu geäußert werden. Neu eingesetzte Umsiedlungskomitees stoßen ebenfalls auf großen Widerstand der Bevölkerung, da die Auswahl der Komiteemitglieder völlig willkürlich erfolgt und diese teilweise gegen ihren Willen dazu gedrängt werden, sich an den Komitees zu beteiligen.

Wie obige Ausführungen zeigen, ist die türkische Regierung nach wie vor entweder nicht willens oder nicht in der Lage, internationale Standards umzusetzen. Sollten die Bürgschaften weiter bestehen bleiben, werden anhaltende Auseinandersetzungen mit der türkischen Seite keinesfalls ausbleiben und Ilisu wird eine dauerhafte Belastung der deutsch-türkischen und deutsch-irakischen Beziehungen bleiben. Die Kampagne, die in der Türkei und Europa den Rückzug der Bürgschaften und den Stop des Projekts fordert, wächst von Tag zu Tag. Gemeinsam mit dem Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk, dem türkischen Popstar Tarkan, den jetzigen und ehemaligen BürgermeisterInnen Bremens sowie etlichen Abgeordneten des alten und neuen Europaparlaments fordern Tausende von BürgerInnen den Schutz der antiken Stadt Hasankeyf und des Tigristals als Weltkultur- und –naturerbestätte. All diese Menschen werden in ihrem Engagement gegen Ilisu nicht nachlassen. Wir fordern daher alle am Ilisu-Projekt beteiligten Regierungen, Banken und Unternehmen eindringlich auf, aus den nach wie vor ungelösten Problemen des Projekts die Konsequenz zu ziehen, jetzt endgültig aus Ilisu auszusteigen und so in der Türkei und dem Irak eine friedliche Entwicklung zu ermöglichen.

Kontakt:

Heike Drillisch, GegenStrömung, 0177 – 345 26 11, heike.drillisch - at - gegenstroemung.org

Eine ausführlichere Analyse des aktuellen Stands der Auflagenumsetzung ist dem Bericht einer fact-finding mission in die Region von Mai 2009 zu entnehmen

(<http://www.gegenstroemung.org/drupal/de/node/63>):

Weitere Informationen: www.gegenstroemung.org, www.stopilisu.com